

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Dr. Christa Luft, Dr. Dietmar Bartsch, Dr. Barbara Höll,
Heidemarie Ehlert, Rolf Kutzmutz, Dr. Uwe-Jens Rössel und der Fraktion der PDS**

Haushaltssanierung

In der vergangenen Wahlperiode bestand zwischen den damaligen Oppositionsparteien in vielen Punkten Übereinstimmung zu konkreten Maßnahmen der Haushaltssanierung.

Von der Fraktion der SPD wurde ein Aktionsprogramm zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität in Höhe von 1,2 Mrd. DM gefordert, mit dem Mehreinnahmen von etwa 3 Mrd. DM erzielt werden sollen (Drucksache 13/9193).

Namens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde festgestellt, dass die Lasten sozial ungerecht verteilt werden, weil die Selbständigen im Gegensatz zu den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern keinen Beitrag zur Finanzierung der wachsenden Staatsausgaben leisten (Plenarprotokoll 13/246, S. 22929).

Von den ehemaligen Oppositionsparteien im 13. Deutschen Bundestag wurde festgestellt, dass ein großes Unternehmen lediglich einen Mindestbeitrag zur Körperschaftsteuer von 960 DM im Jahr leistet, ein Malermeister dagegen 3 000 bis 5 000 DM zahlt (ebenda S. 22931).

Übereinstimmung bestand bei der Streichung und Kürzung zahlreicher Haushaltspositionen wie

- Streichung der Mittel für die Beschaffung des Eurofighters und der weiteren Forschungen für diesen einschließlich der Verpflichtungsermächtigungen im Umfang von 24 Mrd. DM (Fraktion der SPD: Drucksache 13/9209 und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Drucksache 13/9145),
- Streichung der Mittel für die Beschaffung von Kampffahrzeugen und Feldzeugmaterial in Höhe von 1,1 Mrd. DM (Drucksache 13/9137),
- keine Mittel für
die Forschung zur Minensperre AAMIS 3,5 Mio. DM (Drucksache 13/9144),
die Flächenverteilungsmine und entwicklungstechnische Betreuung des Minenwurfsystems, 13,3 Mio. DM (ebenda),
- Streichung der Mittel für den militärischen Abschirmdienst im Umfang von 440 Mio. DM (Drucksache 13/9147),

- Streichung der Mittel für den Transrapid (Fraktion der SPD: Drucksachen 13/9196 und 13/9234 sowie Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Drucksachen 13/9136 und 13/9174),
- Kürzung der Ausgaben für Bundesfernstraßen um 3,4 Mrd. DM (Drucksache 13/9173),
- Kürzung der Ausgaben für die Bundeswasserstraßenverbindung Rügen–Magdeburg–Berlin um 110 Mio. DM und der Maßnahmen an der Mittel- und Oberelbe, an der Saale und der Unteren-Havel-Wasserstraße von Plau bis zur Mündung um 12,5 Mio. DM (Drucksache (13/9175),
- Kürzung der Ausgaben für Hoch- und Förderungsmaßnahmen in Berlin und Bonn um 10 Prozent (Drucksache 13/9178),
- Kürzung der Mittel für
 - die bemannte Raumfahrt um 250 Mio. DM mit der Begründung, dass unbemannte Missionen ein wesentlich besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweisen und auf außenpolitische Prestigeprojekte verzichtet werden sollte (Drucksache 13/9135),
 - militärische Erdbeobachtung um 580 Mio. DM (ebenda),
- Kürzung des Zuschusses an das Bundesamt für Verfassungsschutz um 22,6 Mio. DM (Drucksache 13/9163),
- Kürzung der Mittel für den Bundesnachrichtendienst um 68 Mio. DM (Drucksache 13/9180),
- Streichung der institutionellen Förderung des Bundes der Vertriebenen in Höhe von 3,5 Mio. DM (Drucksache 13/9158).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. a) Wie ist der Stand eines Aktionsprogramms zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität?
 - b) Mit welchen Mehreinnahmen wird gerechnet?
 - c) In welchem Umfang wurden sie den Ausgangsbedingungen für das Haushaltssanierungsgesetz zugrunde gelegt?
2. a) Wurde im Vorfeld des Haushaltssanierungsgesetzes geprüft, welche Lasten auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der einen Seite und auf Selbständige auf der anderen Seite entfallen?
 - b) Wie verteilen sich die Kürzungen des Haushaltssanierungsgesetzes auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie auf Selbständige?
3. Welche Veränderungen wurden vor der Verabschiedung des Entwurfs des Haushaltssanierungsgesetzes der Bundesregierung erreicht, damit Steuererfordernisse von Konzernen nicht mehr unter dem von Kleinunternehmen liegen?
4. a) Welche Schritte wurden zur Auflösung der Verträge zum Eurofighter 2000 unternommen?
 - b) Mit welcher Vertragsstrafe wäre bei Aufkündigung der Verträge zu rechnen?
 - c) Welche Ergebnisse wurden erreicht?

5. a) In welchem Umfang wurde die Beschaffung von Kampffahrzeugen und Feldzeugmaterial überprüft?
 - b) Welche Möglichkeiten zur Streichung wurden erwogen?
 - c) Zu welchen Ergebnissen ist die Bundesregierung gelangt?
6. a) Welche Möglichkeiten der Streichung der Mittel für die Forschung zur Minensperre AAMIS wurden überprüft?
 - b) Zu welchen Ergebnissen ist die Bundesregierung gelangt?
 - c) In welcher Höhe sind Mittel für die Minensperre AAMIS im Entwurf des Bundeshaushalts 2000 eingeordnet?
7. a) Welche Möglichkeiten der Beendigung der Finanzierung von Flächenverteilungsminen und der entwicklungstechnischen Betreuung des Minenwurfsystems wurden geprüft?
 - b) Zu welchen Ergebnissen ist die Bundesregierung dabei gelangt?
 - c) In welchem Umfang sind Mittel für Minenforschung im Haushaltsentwurf 2000 vorgesehen?
 - d) Wie viele Mittel werden für die Entwicklung von Landminen im Jahr 2000 vorgesehen?
 - e) Zu welchen Ergebnissen hat die Überprüfung geführt?
8. a) Welche Ausgabenkürzungen für den Militärischen Abschirmdienst wurden überprüft?
 - b) Zu welchen Ergebnissen ist die Bundesregierung gelangt?
 - c) Wie haben sich die Mittel für den Militärischen Abschirmdienst, die dem Bundesminister der Verteidigung zur Verfügung stehen, seit 1998 entwickelt und welche Ausgaben sind für das Jahr 2000 vorgesehen?
Welche Begründung gibt es dafür?
9. a) In welchen Punkten wurde die Finanzierung des Transrapid durch den Bund überprüft?
 - b) Zu welchen Ergebnissen ist die Bundesregierung dabei gelangt?
10. a) Welche Maßnahmen zur Reduzierung der Ausgaben für den Bau und den Betrieb von Bundesfernstraßen wurden geprüft?
 - b) Zu welchen Ergebnissen ist die Bundesregierung gelangt?
11. a) In welchen Punkten wurde die Finanzierung der Mittelbereitstellung für die Bundeswasserstraßen überprüft?
 - b) Welche Ergebnisse brachte die Überprüfung der Mittelbereitstellung für die Bundeswasserstraßenverbindung Rügen–Magdeburg–Berlin sowie der Maßnahmen an der Mittel- und Oberelbe, an der Saale und der Unteren-Havel-Wasserstraße?
 - c) Mit welcher Begründung wird die Finanzierung fortgesetzt?
12. a) Welche Hoch- und Förderungsmaßnahmen in Berlin und Bonn wurden mit dem Ziel einer 10-prozentigen Senkung der bereitzustellenden Bundesmittel überprüft?
 - b) Zu welchen Ergebnissen ist die Bundesregierung gelangt?
 - c) Welche Abweichungen gibt es jetzt beim Ansatz der Bundesregierung gegenüber den von der CDU/CSU-geführten Bundesregierung vorgesehenen Mitteln?

13. a) Welche Bestrebungen hat es gegeben, die Mittel für die bemannte Raumfahrt zu senken?
 - b) Welche Ergebnisse wurden erreicht?
 - c) Welche weiteren Versuche wird es dabei geben?
 - d) Mit welchem Ziel wurden die Mittel für die militärischen Erdbeobachtungen überprüft?
 - e) Zu welchen Ergebnissen ist die Bundesregierung gelangt?
 - f) Warum werden die Mittel für die militärische Erdbeobachtung im Einzelplan des Ministeriums für Bildung und Forschung veranschlagt?
14. a) Mit welchen Ergebnissen wurden die Ausgaben für das Bundesamt für Verfassungsschutz überprüft?
 - b) Wie verläuft die Mittelbereitstellung für das Bundesamt für Verfassungsschutz von 1998 bis 2000?
 - c) Welche Begründung gibt es dafür?
15. a) Welche Ergebnisse hat die Überprüfung der Ausgaben der Mittel für den Bundesnachrichtendienst erbracht?
 - b) Wie hat sich die Mittelbereitstellung für den Bundesnachrichtendienst von 1998 bis 2000 entwickelt?
 - c) Welche Begründung gibt es dafür?
16. Warum wird die institutionelle Förderung des Bundes der Vertriebenen fortgesetzt?

Berlin, den 21. Oktober 1999

Dr. Christa Luft
Dr. Dietmar Bartsch
Dr. Barbara Höll
Heidemarie Ehlert
Rolf Kutzmutz
Dr. Uwe-Jens Rössel
Dr. Gregor Gysi und Fraktion